







## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/1556/1	Zwischenbericht zur Finanzierung von Urlaubsmaßnahmen	Soz / 07.11.2016 Inklusion / 09.11.2016 Fi / 16.11.2016 <b>LA / 18.11.2016</b> HPH / 25.11.2016	72	"1. Der Zwischenbericht über die Finanzierung der Ferienmaßnahmen wird gemäß Vorlage Nr. 14/1556 zur Kenntnis genommen. 2. Die Richtlinien zur Förderung von Urlaubsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung (RiU) mit Stand Dezember 2015 werden für Maßnahmen vom 01.01.2017-31.12.2018 wie folgt geändert: a) die Frist für die Antragstellung ist künftig der 31.12. des Vorjahres b) die Entscheidung über die Anträge erfolgt zukünftig bis 31.05. des Jahres, in dem die Urlaubsmaßnahme stattfindet c) es können auch mehr als 100 Einzelprojekte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 669.000,- € jährlich gefördert werden."	31.12.2018	Ein mündlicher Bericht erfolgt nach der nächsten Antragsphase.	
14/1523	Fortführung des Programms "STAR - Schule trifft Arbeitswelt"	Schul / 06.10.2016 <b>Soz / 07.11.2016</b>	53	Der dauerhaften Fortführung des Programms „STAR-Schule trifft Arbeitswelt“ unter dem Dach des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wird, wie in der Vorlage 14/1523 dargestellt, zugestimmt.	31.03.2017	Die Verwaltungsvereinbarung zur Fortführung des Programms "STAR - Schule trifft Arbeitswelt" ist inhaltlich abgestimmt und soll bis Ende Januar 2017 im Umlaufverfahren von den beteiligten Partnern Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, Ministerium für Schule und Weiterbildung, Regionaldirektion NRW, LWL und LVR unterschrieben werden.	
14/1361	Förderung des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland"	Soz / 29.08.2016 Schul / 30.08.2016 HPH / 02.09.2016 Inklusion / 09.09.2016 Fi / 21.09.2016 <b>LA / 23.09.2016</b>	70	"1. Der zweite Zwischenbericht des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland" wird gemäß Vorlage Nr. 14/1361 zur Kenntnis genommen. 2. Der Verlängerung der Förderung der 10 Projekte des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland" bis zum 31.12.2018 wird gemäß Vorlage 14/1361 zugestimmt."	31.12.2018	Gemäß dem Beschluss des Landschaftsausschusses vom 23.09.2016 wird die Förderung aller zehn Projekte des Modellprojekts „Peer Counseling im Rheinland“ bis zum 31.12.2018 verlängert.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium




## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/1026	Förderung der fachlichen Begleitung von hörgeschädigten oder gehörlosen Auszubildenden bei der Daimler AG, Werk Düsseldorf, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe	<b>Soz / 15.02.2016</b> Schul / 23.02.2016	53	Der Sozialausschuss beschließt, die Unterstützung der Ausbildung von hörgeschädigten bzw. gehörlosen Menschen bei der Daimler AG, Werk Düsseldorf, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gemäß § 102 Abs. 3 Ziffer 2a SGB IX in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Ziffer 4 SchwbAV zu fördern. Der Beschluss umfasst einen Zuschuss für die drei Ausbildungsjahre 2015/2016 bis 2017/2018 in Höhe von 80% der förderfähigen Gesamtkosten, maximal 42.100,51 EURO pro Ausbildungsjahr.	31.03.2019	Der Förderbescheid wurde am 26.02.2016 erteilt. Der Abruf der Mittel durch die Daimler AG kann bis Ablauf des Schuljahres 2017/2018 erfolgen. Die Fördermaßnahme wird abgeschlossen mit der Prüfung des Verwendungsnachweises. Ein Industriemeister wird, wie im Bescheid vorgegeben, seit 01.09.2015 beschäftigt. Erste Mittel aus dem Bescheid wurden unter Nachweis dieser Beschäftigung abgerufen.	
14/1008	Qualifizierungs- und Ausbildungsvorbereitungsprojekt Schiffsbau im LVR-APX	<b>Soz / 15.02.2016</b> Schul / 23.02.2016 Ku / 24.02.2016	53	Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung des dezernatsübergreifenden Modellprojektes "Nachbau römischer Liburne 2016" zur Qualifizierung und Ausbildungsvorbereitung junger Menschen mit Behinderung im LVR-Archäologischen Park Xanten aus Mitteln der freien Förderung des Landesprogramms aktion5 wie in der Vorlage Nr. 14/1008 dargestellt.	31.03.2018	Der Bewilligungsbescheid wurde am 18.02.2016 erteilt. Die Übergabe des Bescheides erfolgte persönlich durch die Leiterin des LVR-Integrationsamtes, Frau Fankhaenel, an Herrn Dr. Müller. Für den Nachbau der römischen Liburne werden zwei Jahre veranschlagt.	
14/824	"Kurzzeitwohnen" für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	Soz / 02.11.2015 HPH / 17.11.2015 Fi / 02.12.2015 <b>LA / 09.12.2015</b>	70	"Die Eckpunkte für ein Konzept zum "Kurzzeitwohnen" für Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden gemäß Vorlage 14/824 beschlossen."	31.12.2017	Nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens im Januar 2016 haben mit mehreren Trägern Gespräche stattgefunden. Die Träger sind in ihren Projektplanungen unterschiedlich weit, so dass davon auszugehen ist, dass erste Träger das Angebot noch im Jahr 2016 realisieren, die meisten Angebote aber erst 2017 oder 2018 umgesetzt werden können. In der Sitzung des Sozialausschusses am 07.11.2016 wurde bereits mündlich über den Sachstand berichtet. Ein zusammenfassender Bericht wird Ende 2017 vorgelegt.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium





## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/382	Forschungsvorhaben zum Thema: "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung"	<b>Soz / 24.03.2015</b> Inklusion / 22.06.2015	53	Der Sozialausschuss stimmt der Beauftragung des Institutes für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie e.V. (ASER), Wuppertal, mit dem Forschungsvorhaben "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung: Entwicklung einer Methodik und einer sie konkretisierenden Handlungshilfe am Beispiel der Behinderungsart Höreinschränkungen" zu.	31.03.2017	Das Institut wurde am 15.05.2015 beauftragt. Der Forschungsauftrag hat eine Laufzeit von 15 Monaten. Die Ergebnisse liegen – nach jetziger Planung - Ende 2016/Anfang 2017 vor. Der Forschungsbericht wird dem Sozialausschuss im 1. Quartal 2017 vorgestellt. Der Forschungsbericht wird der Fachöffentlichkeit im Rahmen einer Fachtagung im 1. Quartal 2017 vorgestellt.	
14/377	Beteiligung des LVR an Hilfsfonds 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ ) 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 <b>LA / 22.04.2015</b> Soz / 04.05.2015 GA / 29.05.2015	4	2) "2. Der LVR unterstützt gemäß Vorlage Nr. 14/377 die beabsichtigte Errichtung eines dem „Heimkinderfonds West“ ähnlichen bundesweiten Hilfesystems für Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren. Er erklärt sich dem Grunde nach, aber unter Vorbehalt der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung, bereit, sich an einem entsprechenden Fonds zu beteiligen."	31.12.2017	Der Fonds für die Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren wird errichtet. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NW beauftragt die beiden Landesjugendämter mit der Beratungsarbeit. Der Stiftungsvertrag soll auf Bundesebene Anfang Dezember unterzeichnet werden. Mit Vorlage Nr. 14/1442 hat der LA in seiner Sitzung am 23.09.2016 die finanzielle Beteiligung des LVR an der Stiftung Anerkennung und Hilfe und die Weiterführung der Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland beschlossen.	
14/376	Verlängerung der Koordinierungsstelle STAR beim LVR-Integrationsamt	<b>Soz / 24.03.2015</b> Schul / 05.05.2015	53	Der LVR-Sozialausschuss beschließt gem. Vorlage Nr. 14/376 die Fortführung des Projektes "STAR-Schule trifft Arbeitswelt" im Rahmen einer 4. Förderphase vom 01.07.2015 bis 31.12.2017 und die damit verbundene Fortsetzung der Finanzierung der 6,0 Personalstellen der STAR-Koordinierungsstelle zu 50% aus Mitteln der Ausgleichsabgabe und zu 50% aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) sowie der Finanzierung der 1,0 Projektstelle "Initiative Inklusion" für weitere 2,5 Jahre beim LVR-Integrationsamt.	31.12.2017	Das MAIS NRW hat am 17.06.2015 einem sog. förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmebeginn in Bezug auf den ESF-Antrag zur Fortführung der STAR-Koordinierungsstelle beim LVR-Integrationsamt zugestimmt. In der 26. Kalenderwoche 2015 wurden die Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der STAR-Koordinierungsstelle für den Zeitraum 01.07.2015 bis 31.12.2017 verlängert. 1,5 derzeit unbesetzte Personalstellen innerhalb der STAR-Koordinierungsstelle befinden sich im Ausschreibungsverfahren. Die Bescheiderteilung durch die regional zuständige Bezirksregierung Köln ist erfolgt.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/368	Untersuchung "Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten"	Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 <b>LA / 22.04.2015</b>	72	"Dem Vorschlag der Verwaltung zur Ausschreibung eines Untersuchungsauftrags zu den Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der WfbM wird gemäß Vorlage Nr. 14/368 zugestimmt."	31.12.2017	Das Vergabeverfahren wird aktuell vorbereitet. Eine Vorabveröffentlichung zur geplanten Untersuchung ist ins Internet gestellt. Potentielle Bieter können ihr Interesse bekunden und ihre Eignung darstellen. Die Ausschreibung ist erfolgt, die Untersuchung wird durch prognos durchgeführt. Ergebnisse werden Ende des ersten Halbjahres 2017 erwartet. Ein erster Zwischenbericht erfolgte in der Sitzung des Soz am 29.08.2016 mit Vorlage 14/1329. (s. auch Beschluss 13/3492)	
14/127 FDP	Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit prüfen	Soz / 29.08.2016 Schul / 30.08.2016 HPH / 02.09.2016 KA 3 / 12.09.2016 KA 2 / 13.09.2016 KA 4 / 14.09.2016 KA 1 / 15.09.2016 GA / 19.09.2016 PA / 19.09.2016 Fi / 21.09.2016 <b>LA / 23.09.2016</b>	1	"Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf für den LVR für Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen zu prüfen und daran angeknüpft Lösungsvorschläge zur Bedarfsdeckung vorzulegen."	30.06.2017	Das LVR-Dezernat 1 prüft zunächst den rechtlichen Rahmen, inwiefern die Einrichtung einer Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit mit den Regularien der LVerbO, insbesondere § 5, vereinbar ist.	
14/121 CDU, SPD	Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland	Bau- und VA / 31.05.2016 HPH / 02.06.2016 Soz / 20.06.2016 Inklusion / 28.06.2016 Fi / 29.06.2016 <b>LA / 01.07.2016</b>	84	1) "Die Verwaltung wird beauftragt, - die im Juni 2014 beratene Vorlage Nr. 13/3692 „Ersatzbedarf für nicht barrierefreie stationäre Wohnangebote der LVR-HPH-Netze“ zu aktualisieren;"	31.12.2017	Die Verwaltung wird dem Ausschuss im ersten Halbjahr 2017 eine aktualisierte Vorlage zur Kenntnis geben.	
14/121 CDU, SPD	Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland	Bau- und VA / 31.05.2016 HPH / 02.06.2016 Soz / 20.06.2016 Inklusion / 28.06.2016 Fi / 29.06.2016 <b>LA / 01.07.2016</b>	84	2) "Die Verwaltung wird beauftragt, - einen Kriterien-Katalog mit Standardanforderungen für inklusive individualisierte Wohnangebote im Rheinland unter Berücksichtigung der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen (WTG etc.) zu entwickeln und den voraussichtlichen Investitionsbedarf im	31.12.2017	Die Verwaltung wird einen Vorschlag erarbeiten.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Rahmen einer Grobkostenschätzung zu beziffern;"			
14/119 CDU, SPD	Hilfe für Menschen mit Behinderungen im betreuten Wohnen	HPH / 02.06.2016 Soz / 20.06.2016 Inklusion / 28.06.2016 Fi / 29.06.2016 <b>LA / 01.07.2016</b>	8	"Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Umsetzung eines Modellprojektes im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und ein weiteres Modellprojekt in der Freien Wohlfahrtspflege zu entwickeln, mit dem Schülerinnen und Schülern durch gemeinsame Aktivitäten mit bzw. Übernahme leichter Tätigkeiten für Personen mit Wohnhilfen ein selbstverständlicher Umgang mit bzw. Zugang zu Menschen mit Behinderungen ermöglicht wird. Die Modellprojekte können in Anlehnung an das Projekt "Taschengeldbörse - Hilfe für Dich, Job für mich" vom Verein ALTERaktiv Siegen-Wittgenstein e.V. entwickelt werden."	31.12.2018	Die Verwaltung wird einen Vorschlag erarbeiten.	
14/61 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung	Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	53	Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Modellregion gemeinsam mit den Akteuren vor Ort (Rentenversicherung, Integrationsfachdienst, Agentur für Arbeit etc.) über einen Zeitraum von 3 Jahren eine rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung mit flexiblen Beratungszeiten an einem Standort zu schaffen. Das Projekt soll (wissenschaftlich) begleitet werden, um die erzielten Effekte zu erkennen und die daraus entstehenden Erkenntnisse auch während der Laufzeit umzusetzen und schließlich einen Abschlussbericht zu erstellen.	31.03.2019	Das 3-jährige Modellprojekt befindet sich in der Konzeptionsphase. Dem Sozialausschuss wurde in der ersten Sitzung in 2016 mündlich zum Sachstand berichtet. Über die weiteren Schritte wird dem Sozialausschuss jährlich berichtet.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium





## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/54 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten	Bau- und VA / 06.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	3	1) "Die Verwaltung wird beauftragt: 1. unverzüglich ein Konzept für eine Neuaufstellung der RBB zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll eine neue Namensgebung beraten und beschlossen werden. Für das Haushaltsjahr 2016 sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die erste Umsetzungsmaßnahmen des bis dahin beschlossenen Konzeptes ermöglichen."	30.06.2017	Der Antrag 14/54 ersetzt den Antrag 13/209. Derzeit werden die Ergebnisse der am 17.12.2015 durchgeführten Fachtagung "Bunte Nachbarschaft - Inklusives Wohnen - Inklusive Wohnprojekte" in Bezug auf eine Neuaufstellung der RBBG und der Bildung einer Organisationseinheit beim LVR analysiert. Weiterhin werden derzeit die Eckpunkte neuer Konzepte und die Weiterentwicklung des Gesellschaftsvertrages geprüft. Dezember 2016: Die ersten Überlegungen zur Neuausrichtung der RBB liegen vor. Das MIK ist um Stellungnahme gebeten worden. Eine Rückantwort steht aktuell aus.	
14/54 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten	Bau- und VA / 06.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	3	2) "Die Verwaltung wird beauftragt: 2. bereits vor der Umsetzung eines neuen Konzeptes für die RBB (zunächst) beim LVR eine Organisationseinheit zu bilden, die Mitgliedskörperschaften, sonstige öffentliche und private Bauträger bei der Umsetzung inklusiver Wohnprojekte berät und unterstützt."	30.06.2017	Der Antrag 14/54 ersetzt den Antrag 13/209. Derzeit werden die Ergebnisse der am 17.12.2015 durchgeführten Fachtagung "Bunte Nachbarschaft - Inklusives Wohnen - Inklusive Wohnprojekte" in Bezug auf eine Neuaufstellung der RBBG und der Bildung einer Organisationseinheit beim LVR analysiert. Weiterhin werden derzeit die Eckpunkte neuer Konzepte und die Weiterentwicklung des Gesellschaftsvertrages geprüft. Dezember 2016: Die Bildung einer neuen Organisationseinheit wird derzeit verwaltungsintern geprüft.	
13/3541	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Technische Hilfsmittelberatung, - Versorgung und - Begleitung für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen	<b>Soz / 24.03.2014</b> Schul / 25.03.2014	53	Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Technische Hilfsmittelberatung, - Versorgung und -Begleitung für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen" (SchülerPool) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3541 dargestellt.	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 23.06.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit. Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/3540	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Integrationscoaching für Menschen mit Sehschädigung im Rheinland	<b>Soz / 06.03.2014</b>	53	Der Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Integrationscoaching für Menschen mit Sehschädigung im Rheinland" (IcoSiR) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3540 dargestellt.	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 23.06.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit. Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	
13/3539	Förderung innovativer Projekte aus Mitteln der aktion5: Berufliche Integration von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung	<b>Soz / 06.03.2014</b>	53	Der Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens "Berufliche Integration von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen" aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des LVR-Integrationsamtes wie in der Vorlage 13/3539 dargestellt.	31.12.2017	Das LVR-Integrationsamt bewilligt gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit Bescheid vom 27.05.2014 das Projekt mit einer 3-jährigen Laufzeit. Das LVR-Integrationsamt wird nach Abschluss des Projektes dem Sozialausschuss berichten.	
13/3412	Peer Counseling ermöglichen: Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen im Rheinland	Soz / 03.02.2014 <b>LA / 17.02.2014</b> HPH / 06.03.2014	53	4) "Es wird beschlossen:  4. die modellhafte Förderung der EX-IN-Ausbildung vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2017 aus Mitteln der aktion5"	31.12.2017	Zu der Finanzierung über den 31.12.2017 hinaus im Rahmen eines Folgeprogramms zu „aktion5“ wird die Verwaltung im 1. Halbjahr 2017 eine entsprechende Vorlage einbringen.	
13/386	Arbeitsbegleitende Betreuung in Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	<b>Soz / 09.11.2010</b> LA / 03.12.2010	53	"Die Verwaltung wird beauftragt, eine qualitative Untersuchung zum Umfang und zu den Inhalten der arbeitsbegleitenden Betreuung in Integrationsprojekten gemäß Vorlage Nr. 13/386 durchzuführen und eine eventuelle Übertragbarkeit dieses Förderinstruments auf andere Unternehmen zu prüfen."	31.12.2019	Die bundesweite BIH-Ausarbeitung zur arbeitsbegleitenden Betreuung ist abgeschlossen. Die Ausarbeitungen haben Eingang gefunden in die BIH-Empfehlungen „Förderung von Integrationsprojekten“ (Beschluss des BIH Arbeitsausschusses im April 2016). Das in 2016 gestartete Programm „Inklusionsinitiative II – AlleImBetrieb (AIB)“ wird im Auftrag des BMAS wissenschaftlich evaluiert. Untersucht werden die Erfolgsindikatoren von Integrationsprojekten (darunter voraussichtlich auch die arbeitsbegleitende Betreuung). Die Untersuchung wird sich ausdrücklich an alle Integrationsprojekte wenden (nicht nur die im Rahmen des Programms AIB geförderten). Von	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

**Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss  
öffentlich offene Beschlüsse**





Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung
						daher ist es sinnvoll, diese Untersuchung abzuwarten bzw. sich aktiv daran zu beteiligen und nicht parallel dazu eine zweite Untersuchung gleichen oder ähnlichen Inhaltes anzustoßen.

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium



## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/1609	Tagesgestaltende Leistungen	Soz / 07.11.2016 <b>LA / 18.11.2016</b>	73	"1. Der Abschlussbericht über die modellhafte Erprobung der Tagesgestaltenden Leistungen in Form einer Geldleistung wird gemäß Vorlage Nr. 14/1609 zur Kenntnis genommen. 2. Die modellhafte Erprobung der Tagesgestaltenden Leistungen wird zum 31.12.2016 beendet. 3. Etwaige, individuelle Unterstützungsbedarfe zur Tagesgestaltung können stattdessen in Form von Persönlichen (Teil-)Budgets gedeckt, vereinbart und bewilligt werden. Hierbei sind auch die gesetzlichen Veränderungen durch das erwartete Bundes- teilhabegesetz zu berücksichtigen."	31.12.2016	Eine interne Arbeitshilfe ist in Kraft gesetzt, mit der der Beschluss erläutert und die Umgehensweise damit festgelegt wird.	
14/1572	Haushaltsentwurf 2017/2018 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses	<b>Soz / 07.11.2016</b>	21	Dem Entwurf des Haushaltes 2017/2018 für die Produktgruppen a) des Dezernates 5: PG 034, PG 035, PG 041 und PG 075 (Produktbereich 05) und b) des Dezernates 7: PG 016, PG 017, PG 040 (Produktbereich 05) und PG 065 (Produktbereich 07) wird gemäß Vorlage 14/1572 zugestimmt.	07.11.2016	Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt. Dieser Beschluss wurde im weiteren Haushaltsverfahren berücksichtigt.	
14/1567	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	Schul / 06.10.2016 <b>Soz / 07.11.2016</b>	53	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/1567 dargestellt, zugestimmt.	30.11.2016	Am 08.11.2016 ergingen die Bewilligungsbescheide an die Volldampf Wäscheservice GmbH, ATZ Mönchengladbach E. K. und prolegura GmbH Co. KG sowie am 09.11.2016 an die ecoverde Köln GmbH, Ambulanter Pflegedienst Stehling e. K. und an die Dussmann Service Deutschland GmbH.	
14/1442	Finanzielle Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" und Weiterführung der Anlauf- und Beratungs-	Ju / 08.09.2016 GA / 19.09.2016 Fi / 21.09.2016 <b>LA / 23.09.2016</b> Soz / 07.11.2016	4	1) "Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 14/1442 beauftragt, für die finanzielle Beteiligung des LVR an der 'Stiftung Anerkennung und Hilfe' insgesamt 1,6 Millionen Euro in die Haushal-	31.12.2016	Die Beteiligung in Höhe von 1,6 Mio. Euro wird aus sonstigen Verbindlichkeiten des Heimkinderfonds finanziert. Eine Inanspruchnahme der sonstigen Verbindlichkeiten aus den Verwaltungskosten-erstattungen des Heimkinderfonds wird nicht	


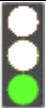


Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Seite 1

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse




Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
	stelle für das Rheinland			te 2017 bis 2021 entsprechend der in der Vorlage genannten Verteilung einzustellen."		in vollem Umfang erforderlich sein. Zur Vermeidung von neuen Belastungen der Mitgliedskörperschaften soll die Refinanzierung des Fonds "Stiftung Anerkennung und Hilfe" aus den sonstigen Verbindlichkeiten erfolgen, die im Rahmen des Heimkinderfonds gebildet wurden, für diesen aber nicht mehr benötigt werden.	
14/1442	Finanzielle Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" und Weiterführung der Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland	Ju / 08.09.2016 GA / 19.09.2016 Fi / 21.09.2016 <b>LA / 23.09.2016</b> Soz / 07.11.2016	4	2) "Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die Anlauf- und Beratungsstelle für das Rheinland in bisheriger Form für die Laufzeit der 'Stiftung Anerkennung und Hilfe' weiter zu betreiben und personell ggfls. an sich ändernde Anforderungen anzupassen."	31.12.216	Die personellen und sachlichen Voraussetzungen wurden durch die Verwaltung geschaffen.	
14/1324	Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX	<b>Soz / 29.08.2016</b> Schul / 30.08.2016	53	Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/1324 dargestellt, zugestimmt.	30.09.2016	Der Bewilligungsbescheid an die auticon gGmbH datiert vom 01.09.2016 und der Bescheid an die DGKK tagwerk GmbH vom 31.08.2016.	
14/804	Peer Counseling im Rheinland - Sachstandsbericht, Förderungen	Soz / 02.11.2015 HPH / 17.11.2015 Inklusion / 30.11.2015 Fi / 02.12.2015 <b>LA / 09.12.2015</b>	70	"1. Die Beratungsstelle 'Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e.V.' wird in Höhe von 106.663,02 Euro vom 1.1.2016 bis zum 31.5.2017 weiter gefördert. 2. Die Beratungsstelle 'Psychiatrie-Patinnen und -Paten e.V.', Aachen wird in Höhe von 16.333,33 Euro vom 1.4.2016 bis zum 31.5.2017 weiter gefördert. 3. Der Sachstandsbericht gemäß Vorlage 14/804 wird zur Kenntnis genommen."	31.12.2017	Die Förderungen werden wie beschlossen umgesetzt. Für die Sitzung am 29.08.2016 ist eine Beschlussvorlage vorgesehen, mit der die bestehenden Projekte bis zum 31.12.2018 verlängert werden. Der Abschlussbericht der Begleitforschung, die zum 31.05.2017 endet, wird dem Ausschuss nach Abnahme des Berichtes im Herbst 2017 zur Verfügung gestellt. Dieser Beschluss ist erledigt durch die aktuelle Vorlage 14/1361 (s. dortige Beschlussausführung).	
14/381	Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten	<b>Soz / 24.03.2015</b> Inklusion / 22.06.2015	72	1) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept 1. zu einem Modell „Ausbildung durch die WfbM“ einschl. einer Kosten-Nutzen-Analyse und 2. für eine „virtuelle Werkstatt“ zu erarbeiten und dem Sozialausschuss	31.12.2016	erledigt 1.1. mit Vorlage 14/1658; 1.2. mit Vorlage 14/1650.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				zur Beschlussfassung vorzulegen.			
14/381	Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten	<b>Soz / 24.03.2015</b> Inklusion / 22.06.2015	72	2) Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, im Jahr 2016 über die Ergebnisse 1. des Modellprojektes „Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst“, 2. der Landesinitiative „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung – als Chance zur Inklusion auf dem Arbeitsmarkt“, 3. des bisherigen Zielvereinbarungsprozesses mit den WfbM zu berichten, sowie 4. einen Erfahrungsbericht zur Neuausrichtung der Fachausschussarbeit der Werkstätten vorzulegen.	31.12.2016	Zu 2.1.: erledigt mit Vorlage 14/1637 für den Soz 28.11.2016. Zu 2.2.: Ist erledigt. Das Modellprojekt ist abgeschlossen. Über die Ergebnisse wurde in der Sitzung des Soz am 02.11.15 mit Vorlage 14/810 berichtet. Zu 2.3.: Ist erledigt. Die Ergebnisse des Zielvereinbarungsprozesses für die Jahre 2012 bis 2014 sind in der Berichtsvorlage 14/1030 (Sitzung des Soz am 15.02.2016) zur Kenntnis gegeben worden. Zu 2.4.: erledigt mit Vorlage 14/1637 für den Soz 28.11.2016.	
14/121 CDU, SPD	Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland	Bau- und VA / 31.05.2016 HPH / 02.06.2016 Soz / 20.06.2016 Inklusion / 28.06.2016 Fi / 29.06.2016 <b>LA / 01.07.2016</b>	21	3) "Die Verwaltung wird beauftragt, - ggf. unabweisbar dringende Investitionsbedarfe bereits im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 zu berücksichtigen."	28.09.2016	Durch das Fachdezernat wurden zum Haushaltsentwurf keine unabweisbar dringenden Investitionsbedarfe angemeldet.	
14/60 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf	GA / 13.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	73	Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie viele Menschen beim LVR bekannt sind oder festgestellt werden können, für die es aufgrund der Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung in der derzeitigen Struktur von Wohnheimen und Betreuten Wohnangeboten keine ausreichenden Angebote gibt. Auf dieser Basis sollten entsprechende Perspektiven zur Schaffung bzw. Weiterentwicklung angemessener Wohn-	31.12.2016	Mit Vorlage 14/1657 im Soz am 28.11.2016 beantwortet. Auf dieser Grundlage wird mit den Verbänden der FW und in regionalen Foren die Weiterentwicklung von Wohnangeboten für spezielle Unterstützungsbedarfe vorangetrieben.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				und Betreuungsformen für diesen Personenkreis aufgezeigt werden.			
14/51 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Fachtagung Autismus	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	70	Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Autismus“ Fragestellungen in Bezug auf autismusspezifische Maßnahmen sowohl unter fachlichen als auch rechtlichen Aspekten aufzuarbeiten und Menschen mit einer Störung aus dem Autismusspektrum in Bezug auf die Beantragung autismusspezifischer Förderung und Unterstützung eine Orientierung an die Hand zu geben.	31.12.2016	Es ist eine dezernatsübergreifende Vorbereitungsgruppe (Dez. 4, 5, 7, 8) eingerichtet worden. Die Tagung wird – nach Abstimmung mit den Fraktionen der LV - am 29.11.2016 unter der Federführung des Dezernates 7 stattfinden. Die Vorbereitungen laufen termingerecht. Die Fachtagung hat am 29.11.2016 stattgefunden.	
14/39 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Weiterentwicklung der Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens	HPH / 20.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	70	Um die Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens für Menschen mit Behinderung konsequent weiterzuentwickeln, wird die Verwaltung aufgefordert, <ul style="list-style-type: none"> <li>· zur Verwirklichung dieser Zielsetzung die Arbeit der KoKoBe weiter zu qualifizieren und die Beratungskompetenz zu stärken,</li> <li>· die KoKoBe bei der Zugangssteuerung und der Hilfeplanerstellung verbindlich einzubinden,</li> <li>· die Richtlinien und Organisationsstrukturen entsprechend weiterzuentwickeln,</li> <li>· bei der Förderung des ambulant betreuten Wohnens über die KoKoBe die</li> </ul>	31.12.2016	Der HH-Antrag umfasst 4 Bearbeitungspunkte. Der Bearbeitungspunkt 1 wird derzeit abgearbeitet: Die KoKoBe sind aufgefordert worden, ihren Fortbildungs- und Qualifizierungsbedarf dem LVR bis zum 29.02.2016 schriftlich mitzuteilen. Diese Rückmeldungen werden zurzeit ausgewertet und in der nächsten Sitzung der KoKoBe-Begleitgruppe im April 2016 besprochen. Die Bearbeitungspunkte 2-4 stehen in unmittelbarer Abhängigkeit zum Bundesteilhabegesetz. Eine sinnvolle Bearbeitung kann nur unter Berücksichtigung der neuen gesetzlichen Grundlage erfolgen. Die unter 1 genannten Fortbildungen sind konzipiert, die Durchführung der Fortbildungen ist für das 1. Quartal 2017 vorgesehen - eine frühere Umsetzung ist aufgrund nicht zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nicht möglich. Es ist eine Berichtsvorlage für die Sitzung des Sozialausschusses am 07.11.2016 vorgesehen - erledigt mit Vorlage 14/1585.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Möglichkeit zu schaffen, möblierte Wohnungen für ein "Wohnen auf Probe" anzumieten.			
13/3492	Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2012 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung	Soz / 24.03.2014 Fi / 02.04.2014 <b>LA / 07.04.2014</b>	72	"Der Bericht der Verwaltung über die Arbeitsergebnisse der rheinischen Werkstätten wird gemäß Vorlage 13/3492 zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern der rheinischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Eckpunkte für eine externe Untersuchung zu erarbeiten. Zielsetzung dieser Untersuchung soll sein, Faktoren, die die wirtschaftliche Situation einer Werkstatt maßgeblich beeinflussen, zu eruieren und genauer zu analysieren."	31.12.2017	Beschluss befindet sich in der Umsetzung. Gemeinsam mit der FW wurde ein Untersuchungs- und Ausschreibungsdesign erarbeitet und dem LA in seiner Sitzung am 22.04.2015 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Ausschreibung ist erfolgt, die Untersuchung wird durch das Unternehmen prognos durchgeführt. Ergebnisse werden Ende des ersten Halbjahres 2017 erwartet. Ein erster Zwischenbericht erfolgt in der Sitzung des Soz am 29.08.2016 mit Vorlage 14/1329. - s. auch Beschlüssausführung 14/368	
13/3124	Tagesgestaltende Leistungen	Soz / 09.10.2013 Fi / 04.12.2013 <b>LA / 06.12.2013</b>	73	"Die Erprobung der Tagesgestaltenden Leistungen (TGL) wird gemäß Vorlage Nr. 13/3124 bis zum 31.12.2016 fortgesetzt. Das in diesem Zeitraum erhobene Datenmaterial wird dann erneut ausgewertet und das Nutzungsverhalten und die Nutzerinnen- und Nutzerzufriedenheit werden erhoben."	30.11.2016	Das seit 2014 erhobene Datenmaterial ist ausgewertet. Auf dieser Grundlage wird dem Ausschuss berichtet und ein Beschlussvorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreitet. Beschluss vollständig erledigt mit Vorlage 14/1609 für den Soz 07.11.2016.	
13/2914	Beschäftigungsangebote als Zuverdienst hier: Zwischenbericht zum bisherigen Projektverlauf, Information über erste Ergebnisse der Evaluation und daraus resultierende weitere Vorschläge für die Fortsetzung des Projektes.	Soz / 10.06.2013 Fi / 09.07.2013 <b>LA / 17.07.2013</b>	72	"1. Die Laufzeit für das Modellprojekt „Beschäftigungsangebote als Zuverdienst“ wird gemäß Vorlage Nr. 13/2914 bis zum 31.12.2018 verlängert. 2. Die Gesamtzahl der förderfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten wird auf bis zu 500 ausgeweitet. 3. Einer personenzentrierten Steuerung sowie einer damit verbundenen Öffnung der bisherigen Arbeitgeberbeschränkung wird entsprechend der	31.12.2016	Ist erledigt mit Vorlage 14/1346 für den SozA 29.08.2016.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				Ausführungen der Vorlage Nr. 13/2914 zugestimmt."			
13/2852	Änderung des Ausführungsgesetzes zum SGB XII zur Regelung der künftigen Zuständigkeit der Landschaftsverbände für die Eingliederungshilfen zum Wohnen	<b>Soz / 22.04.2013</b>	73	Die Zielsetzung, im Rahmen der Änderung des AG SGB XII die Schnittstellen zwischen örtlicher und überörtlicher Ebene zu bereinigen, wird begrüßt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Vorlage 13/2852 zu den Überlegungen des MAIS eine gemeinsame Stellungnahme der beiden Landschaftsverbände zu erarbeiten und abzugeben.	31.12.2016	Die gemeinsame Stellungnahme wurde am 02.05.2013 abgegeben, dem Ausschuss mit Vorlage 13/2852/1 am 10.06.2013 sowie 13/3143 am 09.10.2013 zum aktuellen Sachstand berichtet. Das Ausführungsgesetz zum SGB XII wird nunmehr als Teil eines umfassenden Gesetzes zur Stärkung der sozialen Inklusion in 2015 eingebracht. Die Verwaltung hat hierüber mit Vorlage 14/929 berichtet und die Stellungnahme der Kommunalen Familie beigefügt. Nach Beschlussfassung über das Gesetz werden die erforderlichen Umsetzungsschritte veranlasst. Erledigt mit Vorlage 14/1383 für den SozA 29.08.2016.	
13/286 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln	Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 <b>LVers / 16.12.2013</b>	8	1) Modellprojekt zur Neuausrichtung der Heilpädagogischen Zentren (HPZ) der HPH-Netze  Die Verwaltung wird beauftragt, ein Modellprojekt zur Neuausrichtung der HPZ durchzuführen, mit dem Ziel die Angebote der HPZ so zu profilieren und zu qualifizieren, dass für die Besucher und Besucherinnen, die noch nicht im Seniorenalter sind, die Chancen zum Wechsel in eine WfbM verbessert werden:  Für eines der drei HPH-Netze soll budgetneutral für die tagesstrukturierenden Leistungen ein differenziertes Leistungs- und Entgeltsystem entwickelt werden. Für ein weiteres HPH-Netz soll hierzu	31.12.2016	Der Antrag wird ersetzt durch den Antrag 14/140 - "Handlungsschwerpunkt IX - Heilpädagogischer Hilfen weiterentwickeln" - Zeile 404-412.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse



Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	feder-führende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				eine enge Kooperation mit der oder den regional zuständigen Werkstatt/Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) initiiert werden.  Die Modelllaufzeit soll zwei Jahre betragen und extern aus Mitteln des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe evaluiert werden.			
13/286 SPD, GRÜNE, FDP	Haushalt 2014 Tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln	Soz / 11.11.2013 HPH / 15.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 <b>LVers / 16.12.2013</b>	8	2) Vernetzung der tagesstrukturierenden Angebote unterschiedlicher Leistungsanbieter für Menschen mit Behinderung  Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Vernetzung der tagesstrukturierenden Angebote unterschiedlicher Leistungsanbieter (Träger) zu erarbeiten und umzusetzen. Die jeweiligen regionalen Werkstätten für behinderte Menschen sollen hierbei soweit wie möglich einbezogen werden. Das jeweilige regionale LVR-HPH-Netz sollte hierbei eine Vorbildfunktion übernehmen.	31.12.2016	Der Antrag wird ersetzt durch den Antrag 14/140 - "Handlungsschwerpunkt IX - Heilpädagogischer Hilfen weiterentwickeln" - Zeile 404-412.	
13/227 GRÜNE, SPD, FDP	Haushalt 2013 Inklusion und selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen	Soz / 27.11.2012 GA / 07.12.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 <b>LVers / 19.12.2012</b>	73	4) KoKoBes und SPZ weiterentwickeln  Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Strategie zur Weiterentwicklung der Ziele der Förderung der KoKoBes und SPZ vorzulegen, mit welcher diese Anlaufstellen in der Zukunft selbstbestimmte Teilhabe verstärkt ermöglichen, sich inklusiv öffnen und Teil eines inklusiven Sozialraumes werden können.	31.12.2016	Die Weiterentwicklung der Angebote wird im Rahmen der jeweiligen Zielvereinbarungsprozesse vorangetrieben; durch die Teilnahme von SPZ am LVR-Anreizprogramm werden Erkenntnisse zu Möglichkeiten der fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung gewonnen. Hieraus wird eine Strategie entwickelt, die Vorschläge zur finanziellen Weiterentwicklung umfasst. Die Verwaltung wird hierzu im Rahmen der Vorlage zum Antrag 14/39 im November 2016 berichten - erledigt mit Vorlage 14/1585.	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Sozialausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
13/212 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Pauschalierung von Leistungen für Menschen mit Behinderung	Soz / 27.11.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 <b>LVers / 19.12.2012</b>	73	Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, Leistungen für Menschen mit Behinderung zu pauschalieren. Hierbei sollen sowohl die Pauschalierungsmöglichkeiten hinsichtlich der Leistungen des LVR als überörtlichem Träger der Sozialhilfe sowie die Leistungen, die der LVR gemeinsam mit anderen Trägern erbringt, dargestellt werden.	30.06.2017	Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzesvorhaben wird ein weiterer Bericht zur Möglichkeit der Pauschalierung von Leistungen zunächst zurückgestellt. Der Sachverhalt wird auf Basis des verabschiedeten Bundesteilhabegesetzes neu bewertet. Die Verwaltung erstellt eine Vorlage in 2016 - erledigt mit Vorlage 14/1609 für den Soz 07.11.2016 (LA-Beschluß 18.11.2016).	
13/210 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Umsetzung inklusiver Wohnprojekte	Soz / 27.11.2012 Fi / 11.12.2012 LA / 14.12.2012 <b>LVers / 17.12.2012</b> HPH / 19.12.2012	8	Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der vorhandenen Liegenschaftsplanung für die LVR-Liegenschaften bzw. der Liegenschaften, an denen der LVR mittelbar beteiligt ist, darzustellen, inwieweit es möglich ist, diese Liegenschaften für inklusive Wohnprojekte zu nutzen oder auszubauen (z.B. Nachbarschaftshäuser).	31.12.2016	Antrag wird ersetzt durch Antrag 14/54 und Antrag 14/140 Handlungsschwerpunkt VII - Baumaßnahmen des LVR-Inklusive Wohnverhältnisse schaffen - Zeile 281-292	

Selektionskriterien:

alle erledigten Beschlüsse, erledigt ab 11.08.2016

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium